

Zusammenhalt durch Weiterbildung!

Programm für ganzheitliche und gesamtgesellschaftliche Integration

Weiterbildung trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, wenn ihre Programme die Bildungsbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung und der Zugewanderten gleichermaßen im Fokus haben und gemeinsame Bildungsprozesse initiieren. Der vermehrte Flüchtlingszuzug 2015 und 2016 hat gezeigt, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nur durch gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden gemeistert werden kann. Zugleich muss Integration ganzheitlich verstanden und angegangen werden. Eine schnelle sprachliche Förderung und die baldige Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind wesentliche Eckpfeiler der Integration, sie werden aber nicht ausreichen für die langfristige Aufnahme qualifizierter Arbeit und für die gleichberechtigte Partizipation am gesellschaftlichen Leben in Deutschland.

Die aktuellen Bildungsprogramme insbesondere für Menschen, denen in Deutschland Asyl gewährt bzw. deren Flüchtlingsstatus anerkannt wird, folgen einem Bildungsansatz, der nicht die umfassende gesellschaftliche Teilhabe, sondern nur die Vermittlung sprachlicher Grundkompetenzen und die möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt – und sei es im Niedriglohnsektor – zum Ziel hat. Sich darauf zu beschränken, wäre kurzsichtig und würde die inzwischen erkannten Fehler im Umgang mit der sogenannten Gastarbeitergeneration der 1960er und 1970er Jahre wiederholen.

Demgegenüber erfordert Integration, die dauerhaft gelingen soll, ein Bildungskonzept, das auf drei Säulen steht:

1. Die Kompetenzen und Talente der Ankommenden müssen identifiziert und gefördert werden. Neben Sprachvermittlung und Angeboten zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit erfordert dies vor allem gesellschaftliche, kulturelle, interkulturelle, digitale, gesundheitliche und politische Bildung.
2. Entsprechende Integrationsangebote müssen auch der Aufnahmegesellschaft zur Verfügung stehen. Gleichberechtigte Zugänge zu Bildung sind eine elementare Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.
3. Wo immer es möglich und sinnvoll ist, sollten Einheimische und neu Zugewanderte gemeinsam an Bildungsmaßnahmen teilnehmen.

Von diesem Grundverständnis ausgehend benötigt ein Programm für ganzheitliche und gesamtgesellschaftliche Integration verschiedene Bausteine:

Baustein 1: Sprachprogramme vereinheitlichen und konsequent weiterführen

Aufgrund des kurzfristigen Bedarfs wurden in den vergangenen Monaten auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Sprachförderprogramme eingerichtet. Vor allem die sprachliche Erstförderung hat gewaltige Herausforderungen gemeistert.

Die Sprachlernangebote für Zugewanderte müssen weitergeführt, konsequent ausgebaut und für alle – unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive – geöffnet werden.

Für eine erfolgreiche Integration in höherwertige Berufe und in alle gesellschaftlichen Bereiche ist mindestens ein Sprachniveau der Kompetenzstufe B2 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens erforderlich. Deshalb bedarf es eines Anschlussprogramms sowohl für den berufssprachlichen wie für allgemeinsprachlichen Deutschunterricht an den Integrationskurs.

Die heute vielfach nebeneinander stehenden Sprachförderangebote müssen im Sinne einer Bildungskette miteinander verknüpft werden, damit Anschlüsse und Übergänge erleichtert werden. Damit niemand verloren geht, muss für jede/n Einzelne/n eine individuelle Bildungsberatung, Kompetenzbilanzierung und Bildungsplanung zur Verfügung stehen, die in geeignete Formate und Angebote vermittelt.

Baustein 2: Flächendeckende Angebote für Grundbildung und Alphabetisierung

Unter den Geflüchteten befindet sich ein großer Anteil nicht alphabetisierter Menschen. Dadurch wächst der ohnehin große Alphabetisierungs- und Grundbildungsbedarf in Deutschland (lt. Leo.-Level One Studie sind 7,5 Millionen Erwachsene den funktionalen Analphabeten zuzurechnen) weiter an.

Innerhalb der von der Bundesregierung beschlossenen Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung besteht die große Chance, ein kohärentes, Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebot für Einheimische und Zuwanderer zu realisieren. Dazu müssen die bestehenden Programme von Bund und Ländern ausgebaut, weiterentwickelt und miteinander vernetzt werden.

Das „Gesamtprogramm Sprache“, das die Bundesregierung für Zuwanderer aufgelegt hat, sollte zu einem „Gesamtprogramm Sprache und Literalität“ ausgebaut werden, das auch Menschen nutzen können, die in ihrer Muttersprache Deutsch nicht richtig lesen und schreiben können.

Baustein 3: Offensive für den Zweiten Bildungsweg

Ein qualifizierter Schulabschluss ist das Fundament, auf dem weitere Qualifikationen und Kompetenzen aufbauen können, und essentielle Voraussetzung für die berufliche Ausbildung und nachhaltige Integration in den deutschen Arbeitsmarkt.

In Deutschland verlassen pro Jahr immer noch rund 70.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss und über ein Drittel der neu nach Deutschland gekommenen Erwachsenen verfügt nicht über einen Schulabschluss. Viele jugendliche Geflüchtete haben aufgrund der kurzen Verweildauer im Regelschulsystem keine Chance auf einen Abschluss.

Um diesen Menschen Perspektiven zu eröffnen, bedarf es eines signifikanten Ausbaus des Zweiten Bildungsweges. Allen jungen Männer und Frauen, die die Schule ohne einen geeigneten Abschluss

verlassen haben, allen Erwachsenen, die sich aufgrund mangelnder Lese- und Schreibkompetenz beruflich nicht weiterentwickeln können sowie allen Menschen mit Migrationshintergrund, die bislang keine ausreichende schulische Förderung erfahren haben, muss ein Recht auf das Nachholen eines Schulabschlusses eingeräumt werden.

Baustein 4: Interkulturelle Bildung stärken

Im Interesse eines guten Miteinanders sind Kenntnisse über kulturelle Unterschiede und Angebote zum kreativen Umgang mit kultureller Pluralität unabdingbar. Für viele Menschen ist es leichter, Gedanken und Gefühle über kulturelle und künstlerische Aktivitäten auszudrücken als über Sprache.

Es bedarf neuer, offener Angebote kultureller und interkultureller Bildung, die sowohl Zugewanderte als auch Einheimische einladen, sich gemeinsam kreativ zu betätigen und dabei die Kulturen und Traditionen der jeweiligen Herkunftsländer wechselseitig kennen zu lernen und zu verstehen. So werden Erlebnisse und Erfahrungen greifbar und vermittelbar und Menschen kommen miteinander ins Gespräch.

Die Erfahrungen aus dem BMBF-Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ zeigen, dass geeignete Formate und Methoden für die kulturelle Bildung und den interkulturellen Dialog von Kindern und Jugendlichen bereits vorhanden und wirksam sind. Nun bedarf es eines entsprechenden Bundesprogramms, das auch Erwachsenen offensteht.

Baustein 5: Politische Bildung und Dialog für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Derzeit wächst die Kluft zwischen solchen Bürgerinnen und Bürgern, die den Flüchtlingen offen gegenüber treten und Solidarität mit ihnen einfordern, und jenen, die aufgrund verschiedener Ängste und Bedenken Zuwanderung mit zum Teil wachsender Radikalität ablehnen.

Es bedarf einer neuen Dialogkultur über die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft. In den Kommunen sind bundesweit flächendeckend Dialogforen notwendig, in denen Menschen miteinander vorurteilsfrei ins Gespräch kommen können. Mit dem Konzept des „Bürgerdialogs“ verfügen Volkshochschulen bereits über ein geeignetes Format, das auch für dialogisch angelegte Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Flucht und Migration“ eingesetzt werden kann.

Die Ängste, Sorgen und Erwartungen der einheimischen und zugewanderten Bürgerinnen und Bürger sollen in solchen Veranstaltungen zur Sprache kommen. Das Miteinander-Reden und Voneinander-Lernen hilft dabei, Verunsicherungen und Vorurteile abzubauen und Verständnis aufzubauen.

Baustein 6: Kompetenzen für die digitale Wissensgesellschaft

Alle Menschen, ob neu zugewandert oder in Deutschland aufgewachsen, benötigen gleichermaßen Informationskompetenzen, um die wachsende Menge an digitalen Informationen einordnen und bewerten und sich in sozial vernetzten Medien verantwortungsvoll verhalten zu können. Denn gerade zum Thema Zuwanderung werden immer mehr gesellschaftliche Diskussionen in digitalen Foren geführt. Neben zusätzlichen rechtlichen Regelungen kann eine Gesellschaft mit Hilfe gezielter Bildungsprogramme „Fake news“ und „Hatespeech“ vorbeugen.

Darüber hinaus benötigen weite Teile der Bevölkerung zusätzliche Medienkompetenz, um an der rasanten digitalen Entwicklung der Arbeits- und Alltagswelt teilzuhaben.

Angebote zur Verbesserung der Informations- und Medienkompetenz müssen ausgebaut und allen Menschen – unabhängig von Alter und persönlichen Voraussetzungen – zur Verfügung stehen. Die Weiterbildung muss elementarer Bestandteil der Strategie der Bundesregierung für eine digitale Wissensgesellschaft werden. Entsprechende Bundesprogramme müssen auch die Weiterbildung miteinschließen.

Baustein 7: Aktionsprogramm Gesundheitsförderung

Bildungsbenachteiligte und Zugewanderte – insbesondere Flüchtlinge – sind besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Gesundheitsbildung trägt zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen bei und stärkt ihre Ressourcen und Kompetenzen.

Bildungsangebote zeigen die Möglichkeiten auf, den persönlich passenden Weg zu finden und mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit in eigener Lebensgestaltung und den gesundheitlichen Belangen der Familie zu erwerben. Benötigt wird ein Aktionsprogramm zur lebensweltorientierten Gesundheitsförderung für Einheimische und Zugewanderte, das die Vermittlung von Wissen mit dem Einüben einer gesunden Lebensführung verbindet.

Themen der Gesundheitsbildung eignen sich besonders, um Brücken zu anderen Bildungsangeboten zu schlagen, da sie sich durch einen niederschweligen Zugang auszeichnen und einen hohen Bezug zu den Grundbedürfnissen der Menschen aufweisen.

Programm solide finanzieren

Volkshochschulen haben sich von Beginn an flächendeckend und bundesweit an der Integration der Flüchtlinge beteiligt, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind. Nachdem die ersten „Nothilfemaßnahmen“, wozu auch die Vermittlung erster elementarer Sprachkenntnisse gehört, für viele Flüchtlinge zwischenzeitlich abgeschlossen sind, bedarf es nun integrativer Bildungsansätze, die auch die Bildungsbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung stärker berücksichtigen.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. hat ein Konzept entworfen, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Ausgangspunkt künftiger bildungspolitischer Überlegungen macht und davon ausgehend Vorschläge für Bildungsprogramme unterbreitet, die dieser Zielsetzung gerecht werden.

Das Programm „Zusammenhalt durch Weiterbildung“ erfordert erhebliche zusätzliche finanzielle Ressourcen, die im Einzelnen noch beziffert werden müssen. Es kann nur in einer Verantwortungsgemeinschaft und gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden.

Die neue Bundesregierung sollte in der kommenden Legislaturperiode die Chance ergreifen, in einer breit angelegten Weiterbildungsoffensive die beträchtlichen Potentiale der Weiterbildung für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen zu fördern.

Verabschiedet auf der DVV-Mitgliederversammlung in Bonn am 04.05.2017